

Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur Belebung der Wirtschaft im Programm von François Fillon

(14. März 2017)

François Fillon (* 1954) wurde am 6. März vom Führungsgremium der Republikaner (LR) als Kandidat der Partei bestätigt. Am 13. März hat er nun sein „Projekt für Frankreich“ vorgestellt, in dem er die Reformen erläutert, mit denen er das Land wieder aufrichten möchte. Grundsätzliches Ziel ist, Vollbeschäftigung wieder zu erreichen und Frankreich binnen zehn Jahren zur stärksten Macht Europas aufzubauen.

Staatsfinanzen: Fillon geht für 2017 von einem Haushaltsdefizit von 3,7% des BIP aus, 2018 von 3,8% des BIP. 2019 soll das Defizit unter 3% liegen und in den folgenden Jahren weiter sinken, 2022 möchte er einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die Staatsausgaben sollen zwischen 2017 und 2022 von 56,1% des BIP auf 49,9% des BIP reduziert werden, insgesamt sollen in den kommenden fünf Jahren 100 Mrd. € eingespart werden. Um dieses Ziel zu erreichen sollen

- Staatsmittel gezielter und effizienter ausgegeben werden,
- die Zahl der Beamten von 5,5 Mill. auf 5 Mill. reduziert werden. Der Personalverlust soll durch eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 35 auf 39 Stunden ausgeglichen werden.

Zusätzliche Einnahmen sollen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20% auf 22% erzielt werden, die ermäßigten Steuersätze für bestimmte Produkte und Dienstleistungen sollen nicht angehoben werden, da sie im europäischen Vergleich schon relativ hoch sind.

Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Haushalte sollen um 10 Mrd. € entlastet werden:

- 350 € weniger Sozialabgaben jährlich für jeden Arbeitnehmer, der Einnahmeausfall in Höhe von 7,7 Mrd. € soll mit öffentlichen Mitteln ausgeglichen werden
- Familienbeihilfen unabhängig vom Haushaltseinkommen
- Anhebung der Obergrenze für Familiensplitting auf 3.000 € monatlich
- Abschaffung der Vermögenssteuer
- Einheitssteuer für Kapitaleinkommen in Höhe von 30%

Sozialabgaben und Steuern für Unternehmen sollen um 35 Mrd. € gesenkt werden:

- Die Lohnnebenkosten binnen fünf Jahren um 25 Mrd. €
- Die Unternehmenssteuern binnen fünf Jahren um 10 Mrd. € (von 33,3% auf 25%)

Um die Unternehmen zusätzlich zu motivieren, Personal einzustellen, soll das Arbeitsrecht vereinfacht werden und sich künftig auf grundsätzliche Normen beschränken. Unternehmern und Angestellten eines Unternehmens sollen größere Möglichkeiten gegeben werden, betriebsinterne Vereinbarungen auszuhandeln. Außerdem soll die 35-Stunden-Woche abgeschafft, Kündigungen von Mitarbeitern aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten erleichtert und eine maximale Abfindung im Falle einer Kündigung festgelegt werden. Bis 2022 soll die Arbeitslosenquote so auf 7% sinken.

Eingliederung von Erwerbslosen: Arbeitslose sollen durch eine bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Sozialwohnungen ermutigt werden, Arbeitsangebote fern von ihrem Wohnort anzunehmen. Die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose sollen bei längerer Bezugsdauer stufenweise sinken, Arbeitslose müssen grundsätzlich erklären, warum sie ein erstes Stellenangebot ablehnen, die Ablehnung eines zweiten Stellenangebots soll sanktioniert werden.

Ausbildung: Um die Jugendarbeitslosigkeit und die Zahl der Studienabbrecher zu verringern, sollen Schüler und Eltern besser über berufliche Möglichkeiten informiert werden. Neue Ausbildungsgänge, die die Unternehmen als Vermittler von Kenntnissen stärker einbeziehen, sollen aufgebaut werden. Die dafür nötigen Mittel sollen durch die Streichung von Subventionen für Beschäftigungsverhältnisse junger Arbeitnehmer gewonnen werden.

Förderung von Jungunternehmern: Innerhalb von Hochschulen soll die Gründung von „Studenten-Unternehmen“ möglich sein. Privatleute sollen bis zu 1 Mill. € jährlich in kleine oder mittlere Unternehmen investieren und dieses Geld zu 30% von der Steuer absetzen dürfen. 50 Mrd. €, ca. 3% der Einlagen von Lebensversicherungen, sollen zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen eingesetzt werden.

Renten: Das Renteneintrittsalter soll bis 2022 oder bald danach progressiv auf 65 Jahre angehoben werden, um die Finanzierung des Rentensystems dauerhaft zu sichern und Renten unter 1.000 € monatlich um mindestens 300 € jährlich anheben zu können. In der Verfassung soll die Gleichheit aller Rentensysteme festgeschrieben werden, dadurch sollen die 37 speziellen Rentensysteme abgeschafft werden.

Regierung: Die Regierung soll aus 15 Ministern bestehen, für die Fillon einen Verhaltenscodex festlegen wird. Dieser enthält strenge Regeln für ein solidarisches Verhalten gegenüber der Regierung sowie Vorgaben zur Verhinderung von Interessenkonflikten und für die Verwendung öffentlicher Mittel.